

#Don'tTouchMySchengen

40 Jahre Schengen: Ausweiten statt aushöhlen!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Friedrich Merz,
sehr geehrter Herr Bundesinnenminister Alexander Dobrindt,
sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,

In Ihrer Regierungserklärung vom 14. Mai 2025 kündigten Sie, Herr Merz, an, dass die Bundesregierung "Verantwortung" in Europa übernehmen werde – doch Ihr Handeln spricht eine andere Sprache: Statt europäische Kooperation zu intensivieren, gehen Sie Alleingänge. Statt auf Rechtsstaatlichkeit, setzen Sie auf populistische Symbolpolitik. Statt Europa zu vereinen, stärken Sie das nationale Grenzregime.

Die Verlängerung der bereits unter der vorherigen Bundesregierung rechtswidrig eingeführten Binnengrenzkontrollen stellen einen Bruch der Regeln des Schengener Grenzkodex dar. Pünktlich, während wir den 40. Jahrestag von Schengen feiern. Grenzkontrollen sind nur in eng begrenzten Ausnahmefällen vorgesehen. Eine pauschale Bedrohung durch Migration reicht dafür nicht aus, wie der Europäische Gerichtshof (EuGH) klarstellte. Das Recht, von Land zu Land ohne Kontrollen reisen zu können, stellt seitdem einen Grundpfeiler der europäischen Integration dar. Kontrollen an den Grenzen belasten Menschen im Grenzgebiet, schaden der Wirtschaft und widersprechen einer europäischen Identität. Außerdem versprechen Grenzkontrollen eine falsche Sicherheit, denn das Personal der Polizei fehlt an anderen Stellen.

Der 16. September 2024 – der Tag, an dem die Ampelregierung pauschale Kontrollen an allen deutschen Außengrenzen eingeführt hat – war bereits ein Tiefpunkt deutscher Europapolitik. Doch Ihre Regierung geht noch weiter: Mit der Zurückweisung Schutzsuchender auch bei geäußertem Asylgesuch und Schnellüberprüfungen an der Grenze wird ein System geschaffen, das *de facto* den Zugang zum Asylverfahren blockiert. Das ist nicht nur politisch fatal, sondern auch juristisch falsch, da sie gegen die Dublin-III-Verordnung verstoßen: Auch das [Verwaltungsgericht Berlin](#) stellt in seinem Beschluss vom 2. Juni 2025 klar: "Zurückweisungen bei Grenzkontrollen sind rechtswidrig".

Diese Maßnahmen und der gezielte Bruch von EU-Recht, etwa durch eine vorgeschobene Notlage-Konstruktion gemäß Art. 72 AEUV, machen deutlich: Sie haben der gemeinsamen europäischen Lösungsfindung den Kampf angesagt! Statt

gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarstaaten tragfähige Lösungen zu erarbeiten, entscheiden Sie sich für nationale Alleingänge. Mit Ihren Plänen befeuern Sie das Narrativ der Populist:innen in ganz Europa!

Wir sind eine Generation, die mit offenen Grenzen aufgewachsen ist. Für uns ist Schengen kein bloßes Symbol, sondern gelebte europäische Realität. Wir reisen, studieren, arbeiten und leben grenzüberschreitend. Sie reißen diese Realität mutwillig ein – mit irreparablen Schäden für das interkulturelle Zusammenleben, für Grenzpendler:innen, Auszubildende, Unternehmen und nicht zuletzt für die europäische Idee selbst.

Grenzkontrollen lösen keine Probleme – sie verlagern sie nur. Während das europäische Asylsystem dringend solidarisch reformiert werden müsste, sabotieren Ihre nationalen Reflexe jede zukunftsweisende Lösung, wie eine in GEAS angelegte solidarische Verantwortungsteilung in der Migrationspolitik. Ihre geplanten Zurückweisungen suggerieren Handlungsfähigkeit – in Wahrheit ist sie Ausdruck politischer Hilflosigkeit: Rechtsstaatlichkeit endet nicht an der Staatsgrenze. Als Mitglied der EU hat Deutschland sich verpflichtet, europäisches Recht zu achten – das gilt auch und gerade dann, wenn der politische Druck steigt. Lassen Sie sich nicht von rechten Parolen treiben und versprechen Scheinlösungen - das spielt am Ende nur dem Rechtspopulismus in die Hände!

Wir fordern Sie deshalb mit Nachdruck auf:

1. Beenden Sie umgehend alle Grenzkontrollen.
2. Bekennen Sie sich klar zu offenen Grenzen innerhalb der EU.
3. Erkennen Sie das Recht auf Asyl an und beenden Sie jede Form von Zurückweisungen ohne individuelle Prüfung.
4. Stehen Sie in der EU für Rechtsstaatlichkeit ein – und untergraben Sie nicht die Vorgaben des Schengener Grenzkodex und von EU-Recht.
5. Treten Sie ein für solidarische, menschenrechtskonforme Lösungen auf europäischer Ebene in der Migrationspolitik und lösen Sie Spannungen auf, die durch einseitige Maßnahmen entstanden sind.

1950 haben wir in St. Germanshof die deutsch-französische Grenze gestürmt und gezeigt, dass wir in einem Europa ohne Grenzen leben wollen. Genauso fordern wir von Ihnen heute: **Don't Touch Our Schengen!**

Melanie Thut, Bundesvorsitzende der JEF Deutschland

Matthias Meinert, Bundessekretär der JEF Deutschland

Moritz Hergl, Stellv. Bundesvorsitzender & International Officer der JEF Deutschland

Carolin Robert, Stellv. Bundesvorsitzende der JEF Deutschland

Unterschriften aus den Landesverbänden

Elisabed Chachava, Co-Landesvorsitzende der JEF Berlin-Brandenburg

Lilli Bornemann, Co-Landesvorsitzende der JEF Berlin-Brandenburg

Marcel Eichler, Beisitzendes Mitglied im Vorstand der JEF Bremen

Leon Schröter, Landesvorsitzender der JEF Schleswig-Holstein

Sarah Reisinger, Landesvorsitzende der JEF Baden-Württemberg

Mathias Quickert, Landesvorsitzender JEF Thüringen

Manuel Frank, Landesvorsitzender JEF Hessen

Carolin Mues, Landesvorsitzende JEF Nordrhein-Westfalen

Moritz Ansorge, Landesvorsitzender JEF Hamburg

Farras Fathi, Landesvorsitzender JEF Bayern

Jeanne Dillschneider, Nina Höll, Timo Zur, Alex Heuel, Landesvorstand JEF Saarland

Laurenz Frenzel, Landesvorsitzender JEF Sachsen

Unterschriften aus den Kreisverbänden

Mario Caraggiu, JEF Tuttlingen, Kreisvorsitzender Europa-Union Tuttlingen

Sophie Henle, Kreisvorsitzende JEF Heidelberg/Mannheim

Vera Späth, Kreisvorsitzende Junge Europäer:innen JEF Kreisverband Tübingen

Sven Bennewitz, Kreisvorsitzender JEF Karlsruhe

Anna-Kathrin Schneider, Kreisvorsitzende JEF Ludwigsburg

Philipp Kloster, Kreisvorsitzender JEF Münster